

PARLAMENTSREDE von Andreas Otto, MdA, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin – 17. Wahlperiode, 20. Sitzung vom 8. November 2012 zum Thema: **MAUER PARK - Abschluss eines städtebaulichen Vertrags zu den Flächen im Gebiet des Entwurfs zum Bebauungsplan 1-64 im Bezirk Mitte**
Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 7. November 2012 Drucksache 17/0616

Andreas Otto (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Dr. Arndt! Berlin braucht Wohnungen, Berlin braucht Grünflächen, und Berlin braucht eine Planungskultur.

[Zuruf von Dr. Michael Arndt (SPD)]

Was Sie hier machen, ist Baurechtehandel, und das lehnen wir ab.

[Beifall bei den GRÜNEN, der LINKEN und den PIRATEN]

20 Jahre harrt der Mauerpark seiner Fertigstellung. Es gibt keinen ordentlichen Zugang für die Bewohner und Bewohnerinnen des Brunnenviertels, es gibt keine Aufenthaltsbereiche für Familien oder für Senioren, und es gibt vor allem noch keine Durchlässigkeit zwischen Ost und West. Sie haben 20 Jahre die Sache nicht betrieben, sondern 20 Jahre zugeguckt, und der Zaun steht noch immer da. Das ist ein Skandal, und das muss sich ändern.

[Beifall bei den GRÜNEN – Vereinzelter Beifall bei der LINKEN]

Da sind wir sehr dafür, und jetzt sehen wir, dass Sie einen Versuch mit einem Vertrag machen. Der liegt uns allen vor, und der ist sogar veröffentlicht worden, wie wir festgestellt haben. Alle konnten sich davon überzeugen, dass es für Berlin ein sehr schlechter Vertrag ist. Herr Kollege Schneider! Das haben sicherlich auch Sie schon erkannt.

[Zuruf von Torsten Schneider (SPD)]

Grundstücke gegen Baurechte! Wir verkaufen Baurechte an die Vivico oder CA Immo, wie die Gesellschaft im Moment heißt, und bekommen dafür Grundstücke.

Jetzt hat die Sache zwei Haken: Für diese Baurechte gibt es überhaupt keine Planungsgrundlage. Ein B-Plan ist im Frühstadium steckengeblieben, und Ihrer Zusicherung einer bestimmten Baumasse liegt gar keine Abwägung zugrunde. Es gibt überhaupt keine Planung. Das ist ein leeres Versprechen. Und dann erwarten Sie, dass Sie dafür Grundstücke bekommen. Das Geschäft hieß ja mal: Baurechte gegen Grundstücke! – Jetzt wollen Sie aber auch noch 6 Millionen Euro drauflegen. Sie wollen 6 Millionen Euro drauflegen, und das Interessante an dem Vertrag ist – wenn Sie das gelesen haben –, dass da u. a. ein Anerkenntnis für Verluste drinsteckt – für Verluste eines Immobilieneigentümers in der Vergangenheit. Alle, die schon mal eine Immobilie erworben haben, haben wahrscheinlich nicht einen Schein bekommen, wo draufstand: In der Vergangenheit hat diese Immobilie soundso viele Verluste erwirtschaftet, und die müssen Sie jetzt mitbezahlen. – Daran können Sie schon sehen, dass das eine ganz faule Geschichte ist, die Sie hier machen wollen. Dem kann man auf keinen Fall zustimmen.

[Beifall bei den GRÜNEN und den PIRATEN]

Der Clou an diesen Garantien, die Sie in dem Vertrag geben wollen, ist, dass, selbst wenn der Vertrag nichtig sein sollte oder der Vertragspartner zurücktritt, trotzdem die Anerkennung dieser Verluste und eine Zahlungspflicht Berlins bestehen. Wahrscheinlich werden die Herrn

Müller eine Rechnung schicken, auch wenn der Vertrag irgendwann gar nicht zustande gekommen sein sollte. Herr Müller, viel Spaß mit dieser Rechnung! Ich möchte sehen, wie Sie dann im Hauptausschuss auftreten und sagen: Oh! Es ist etwas schiefgegangen, aber die 3,8 Millionen Euro müssen wir trotzdem bezahlen. – Solche Verträge machen Sie. Das ist nicht in Ordnung, und deswegen kann man das heute nur ablehnen. Darum bitte ich insbesondere auch die Koalition.

[Beifall bei den GRÜNEN, der LINKEN und den PIRATEN]

Ein weiterer Punkt: Der Gleimtunnel! Das ist ein Brückenbauwerk, das da steht und über das schon lange keine Bahn mehr fährt. Bei solchen Brückenbauwerken ist immer die Frage: Wem gehört das Ding eigentlich, wenn die Bahn dort seit Ewigkeiten keinen Zug mehr fahren lässt? – Es gibt eine Rechtssprechung dazu. In der Regel gehören solche Brückenbauwerke denen, denen die Grundstücke links und rechts davon gehören. Da gibt es welche, die Berlin gehören, und da gibt es welche, die der CA Immo gehören. Jetzt wollen Sie noch 1,5 Millionen Euro drauflegen und einem Grundeigentümer, der seine Brücke nicht instandgehalten hat, dieses auch noch finanzieren. Wir bezahlen hier alles und bekommen dafür wenig, und der Vertrag hat so hohe Risiken, dass da etwas schiefgehen wird. Herr Kollege Schneider! Deswegen können wir das so nicht machen.

Ich will noch etwas zu der gesamten Planungsgeschichte sagen. Beim Spreadreieck haben wir das auch gehabt. Sie haben auch dort Zusicherungen über ein Bauvolumen gemacht. Sie haben einen Vertrag mit einem Partner abgeschlossen, der es sehr gut verstanden hat – mit Schadensersatzdrohungen, mit der Geltendmachung von Schadensersatz –, uns als Land Berlin eine ganz Menge Geld aus der Tasche zu ziehen. Nachbarn haben geklagt. Denken Sie an das Meliá Berlin! Wir haben auch da noch mehrere Millionen Euro bezahlt, weil die damalige Koalition gesagt hat: Wir garantieren Baurechte ohne eine ordentliche Planung.

Wie man plant, steht im Baugesetzbuch. Es gibt den Flächennutzungsplan, und es gibt einen Bebauungsplan. Und wenn ich das entsprechend gemacht habe, ist geklärt, welche Nutzungen dort stattfinden sollen, wo Grünfläche ist und wo Wohnen sein soll. Das ist der richtige Weg. Was Sie machen, nämlich Vorabzusicherungen abgeben und dann auch noch Geld hinterherwerfen, das ist ein superschlechtes Geschäft für Berlin. Das kann man so nicht durchführen.

[Beifall bei den GRÜNEN – Vereinzelter Beifall bei der LINKEN und den PIRATEN]

Machen Sie den B-Plan, kaufen Sie die Grundstücke an, klären Sie die Planung, und suchen Sie sich Partner für eine gedeihliche Entwicklung! Dann reden wir auch über den Wohnungsbau. In dem Vertrag stehen lose Formulierungen. Soziale Durchmischung, Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften sollen da irgendwie vorkommen. Keine Kriterien, keine Nachweispflicht! Niemand wird bei CA Immo nachfragen, was da wirklich entstanden ist. Herr Müller, erklären Sie, wenn es anders ist! Welche landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften werden dort bauen? Welche Genossenschaften werden dort bauen? Vielleicht können Sie uns das heute erläutern und uns eines Besseren belehren. Ich sehe, dass das überhaupt nicht garantiert ist. Das ist eine völlig unverbindliche Aussage in diesem Vertrag.

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Sie müssen bitte zum Schluss kommen!

Andreas Otto (GRÜNE):

Ich komme zum Schluss. – An die Abgeordneten von SPD und CDU: Wer heute diesem Vertrag zustimmt, der ist verantwortlich für alles, was da schiefgeht, und der ist verantwortlich, wenn irgendwann Herr Müller hier vor uns steht und sagt: Tut uns leid! Wir

brauchen noch 4 Millionen Euro, aber das Geschäft hat nicht geklappt. Machen Sie eine ordentliche Planung, dann können wir uns weiter darüber unterhalten!

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Herr Otto, das ist jetzt wirklich Ihr letzter Satz!

Andreas Otto (GRÜNE):

Danke schön!

[Beifall bei den GRÜNEN, der LINKEN und den PIRATEN –